

Rede zum Haushalt 2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Reisinger,
sehr geehrter Herr Sterr,
sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn möchte die AfD-Fraktion Ihnen, Herr Sterr und Frau Reisinger, sowie dem gesamten Verwaltungsteam unseren Dank für die sorgfältige und verantwortungsvolle Ausarbeitung des Haushalts aussprechen. Ihre Arbeit schafft die Grundlage dafür, dass unsere Stadt mit den vorhandenen Mitteln weiterhin handlungsfähig bleibt. Ein besonderer Dank gilt zudem den Mitarbeiterinnen, die die zahlreichen Wortmeldungen und Diskussionen zuverlässig protokollieren.

Die finanzielle Lage der Kommunen war in den vergangenen Jahren bereits angespannt. Die nun absehbaren Entwicklungen verschärfen diese Situation zusätzlich und erschweren es Städten und Gemeinden, ihren vielfältigen Aufgaben weiterhin zuverlässig nachzukommen. Gerade auf kommunaler Ebene zeigt sich, wie leistungsfähig der Staat tatsächlich ist – denn hier werden die Entscheidungen getroffen, die den Alltag der Bürger unmittelbar und sichtbar prägen. Die Menschen erwarten zu Recht, dass alles funktioniert, was für ihr tägliches Leben notwendig ist.

Ein Zitat bringt die Bedeutung der kommunalen Ebene treffend auf den Punkt:

„Kommunen sind das Fundament unseres Staates – denn dort, wo der Bürger lebt, entscheidet sich, ob Politik funktioniert.“
(Zitat, Ernst-Reinhard Beck zugeschrieben)

Trotz aller Herausforderungen können wir festhalten:

In einem weiteren Jahr ohne Neuverschuldung zeigt sich die Stabilität unserer Stadt. Dank der aufgebauten Rücklagen der letzten Jahre ist es möglich, einen soliden Haushalt vorzulegen – und das mit dem größten Haushalts- und Investitionsvolumen in der Geschichte unserer Stadt: über 141 Millionen Euro, wiederum ohne zusätzliche Schulden.

Die Rekordinvestitionen von über 29 Millionen Euro fließen vor allem in zentrale Projekte wie den Schulbau, insbesondere am Schulzentrum Pandurenweg, die neue Dreifachturnhalle, den Umbau des oberen Stadtplatzes, in den Bau einer neuen

Kindertageseinrichtung im Elisabethenheim, die Erneuerung der Kläranlage sowie die Sanierung von Kanalleitungen – um nur einige zu nennen.

Doch trotz dieser positiven Ausgangslage ist klar: Steigende Kreisumlagen und gleichzeitig sinkende Schlüsselzuweisungen werden in den kommenden Jahren erheblichen Druck auf den Verwaltungshaushalt ausüben. Dem Investitionsplan der Stadt ohne oder nur mit sehr geringer Neuverschuldung stehen wir daher angesichts der bundespolitischen Situation kritisch gegenüber.

Erlauben Sie mir eine persönliche Anmerkung:

Unser Kämmerer Herr Sterr und seine Mitarbeiter verfügen – aus meiner Sicht – über deutlich mehr finanzpolitische Kompetenz als der aktuelle Bundesfinanzminister. Und mit Blick zu Ihnen Herr Oberbürgermeister, auch dir lieber Christian, glaube ich mehr als unserem jetzigen Bundeskanzler.

Wie schon im vergangenen Jahr gibt es jedoch politische Vorhaben, die wir nicht mittragen können. Dazu gehört insbesondere die aus unserer Sicht unnötige und schädliche Beanspruchung bayerischer Natur- und Ackerflächen durch die Genehmigung zahlreicher Solarparks. Landwirtschaftliche Böden zählen zu den fruchtbarsten weltweit und sind über Generationen gewachsen. Immer mehr davon weichen großflächigen Photovoltaikanlagen. Wir erneuern deshalb unsere Forderung: Solaranlagen gehören vorrangig auf Dächer – von Wohnhäusern, Betrieben, Parkplätzen und öffentlichen Gebäuden.

Ebenso kritisch bewerten wir die Stellungnahmen zugunsten geplanter Windkraftanlagen, da deren Planung nicht konsequent abgelehnt wurde. Oft wurde im Stadtrat argumentiert, die geplante Donaubrücke sei wegen zu hoher CO₂-Belastung nicht zu verantworten und unser Trinkwasser werde in einigen Jahren knapp. Beim Bau von Windrädern scheint dies plötzlich keine Rolle mehr zu spielen.

Allein die Standfläche eines Windrads umfasst rund 5.000 Quadratmeter und entspricht potenziell einer Wasserspeicherkapazität des Waldbodens von etwa einer Million Litern – vorausgesetzt, sie wird nicht vollständig versiegelt. Hinzu kommt die erhebliche Bodenverdichtung durch Zufahrtswege für die ca. 60 Meter langen Rotorblätter. Diese Punkte sollen nur beispielhaft genannt sein.

Wir stellen fest: All dem wird derzeit sehenden Auges zugestimmt, obwohl die damit verbundenen Auswirkungen auf Natur, Boden und Wasserschutz offenkundig sind.

Zur geplanten Donaubrücke

Wir halten eine zusätzliche Donaubrücke für notwendig und richtig – jedoch nicht am derzeit vorgeesehenen Standort.

Unser Vorschlag ist, die Brücke weiter donauaufwärts zu verlegen. Dadurch würde sich die Brückenlänge um mehrere hundert Meter reduzieren – ein entscheidender Faktor, da eine kürzere Brücke die geschätzten Kosten von rund 70 Millionen Euro deutlich senken kann. Da die Brücke in der aktuellen Planung über die Donaupromenade, die gastronomischen Bereiche und den Kinderspielplatz geführt wird, ist während der mehrjährigen Bauzeit mit erheblichen Einschränkungen zu rechnen. Es ist davon auszugehen, dass diese Flächen zeitweise oder sogar vollständig nicht nutzbar sein werden.

Eine zusätzliche Brücke hätte überwiegend Vorteile: Sie könnte langsamere Fahrzeuge wie Traktoren, Mähdrescher oder Mofas aufnehmen und damit sowohl die Verkehrssicherheit erhöhen als auch den Verkehrsfluss verbessern.

Rückblick auf den Beginn der Stadtratsperiode

Der Einstieg in diese Stadtratsperiode war für uns alles andere als einfach. Die Corona-Pandemie hat uns im Gremium vor besondere Herausforderungen gestellt – angefangen von separaten Sitzplätzen außerhalb der üblichen Sitzreihen bis hin zu weit geöffneten Fenstern direkt hinter uns, wohlgemerkt im Winter. Einzelne selbsternannte „Mutbürger“ nahmen diese Umstände kommentarlos hin. Auch wir – wie viele andere Deggendorfer Bürger – mussten uns zusätzlich mit Diskreditierungen auseinandersetzen.

Mit der Zeit hat sich das Klima spürbar verbessert. Vielleicht hat der eine oder andere erkannt, dass wir konstruktiv arbeiten, Verantwortung übernehmen und zur demokratischen Entscheidungsfindung beitragen – und eben nicht, wie mancher zu Beginn behauptete, der Demokratie feindlich gegenüberstehen. Wir stehen offen gegen die ständige Bevormundung oder Überwachung unserer Bürger, insbesondere bei Verkehrsthemen wie flächendeckenden 30er-Zonen oder einem autofreien Stadtplatz.

Daher möchten wir auch mit Blick auf die neue Zusammensetzung des Stadtrats betonen, dass wir uns stets als konstruktive Kraft verstanden haben und nie eine Verbotsfraktion waren oder sein werden.“



Für die kommende Stadtratsperiode hoffen wir, dass die sogenannte „Brandmauer“ gegenüber unserer Fraktion endgültig fällt. An uns soll es nicht scheitern.

Lassen Sie uns auch im nächsten Jahr gemeinsam daran arbeiten, Deggendorf weiterzuentwickeln und zum Wohle aller Bürger zu gestalten. Denn dort, wo der Bürger lebt, entscheidet sich unmittelbar, ob Politik funktioniert.

Dem Haushalt 2026 stimmen wir als AfD-Fraktion diesmal wieder zu und bedanken uns für die konstruktive Zusammenarbeit.

Wir wünschen allen ein friedvolles, christliches Weihnachtsfest.

Alternative für Deutschland - Stadtratsfraktion Deggendorf
Dezember 2025

A. Ortmann
Fraktionsvorsitzender